

Vertragsbedingungen zur Ausschreibung 2026-14-externe Kodierrevision

Inhaltsverzeichnis

1	Vertragsgegenstand	2
2	Vertragsgrundlage	2
3	Allgemeine Bestimmungen	2
3.1	Auftraggeber	2
3.2	Vertragslaufzeit	3
3.3	Kündigung aus wichtigem Grund	3
3.4	Änderungen des Leistungsumfangs/Anpassung der Vergütung	3
3.5	Leistungsstörungen / Vertragsstrafe	4
4	Personal	5
5	Vergütung, Zahlungsbedingungen und Rechnungslegung	5
5.1	Vergütung	5
5.2	Zahlungsbedingungen, Rechnungslegung	5
6	Haftung und Versicherungspflichten	5
6.1	Haftung	5
7	Kooperation	6
7.1	Datenschutz	6
7.2	Compliance-Grundsätze des Universitätsklinikums Leipzig	7
8	Schlussbestimmung	7
8.1	Schriftform	7
8.2	Erfüllungsort, Gerichtsstand	7
8.3	Salvatorische Klausel	7
9	Anlagenverzeichnis	8

1 Vertragsgegenstand

Vertragsgegenstand ist die Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der externen Kodierrevision und des Medizincontrollings für das Universitätsklinikum Leipzig.

Der Auftragnehmer führt dazu die in der Leistungsbeschreibung aufgeführten Leistungen in dem dort beschriebenen Umfang nach den Bestimmungen dieses Vertrages durch.

2 Vertragsgrundlage

Als Vertragsgrundlagen gelten

- die Leistungsbeschreibung mit Anlagen,
- die Vertragsbedingungen mit Anlagen,
- das Angebot des Bieters mit Anlagen,
- Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der jeweils gültigen Fassung.

Die vom Auftragnehmer im Rahmen der Ausschreibung vorgelegten Konzepte sind Vertragsbestandteil. Der Auftraggeber ist im Rahmen des billigen Ermessens gem. § 315 BGB berechtigt, Anpassungen der Konzepte vorzunehmen, soweit dies seinen betrieblichen Notwendigkeiten entspricht. Die Änderungen sind schriftlich zu fixieren. Der Auftraggeber hat Anspruch darauf, dass die sich aus den Konzepten ergebenden Verpflichtungen des Auftragnehmers umgesetzt und eingehalten werden. Bei Änderungen die finanziellen Auswirkungen für den Auftragnehmer haben, werden einvernehmlich getroffen.

Bei Widersprüchen wird auf § 1 Nr. 2 VOL/B hinsichtlich der Geltung von Vertragsbestandteilen verwiesen.

Allgemeine Geschäfts- oder Lieferbedingungen des Auftragnehmers werden weder ganz noch zu Teilen in den Vertrag einbezogen. Dies gilt auch dann, wenn sich der Auftragnehmer im zukünftigen Geschäftsverkehr darauf bezieht oder darauf hinweist.

Im Weiteren sind Vertragsgrundlage alle für die Leistungserbringung einschlägigen gesetzlichen und behördlichen Vorschriften einschl. der Vorschriften zum Arbeitsschutz und die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften.

3 Allgemeine Bestimmungen

3.1 Auftraggeber

Universitätsklinikum Leipzig AöR
 vertreten durch den Vorstand
 Herrn Prof. Dr. med. Josten
 Herrn Dr. Jacob
 Liebigstr. 18
 04103 Leipzig

Die Überwachung der Leistungen obliegt dem **Bereich 6, Medizincontrolling** im Auftrag des Vorstandes.

3.2 Vertragslaufzeit

Der Vertrag wird für die Zeit vom **1. Oktober 2026** für die Dauer von **24 Monate** bis zum **30. September 2028** abgeschlossen. Dem Auftraggeber wird die einseitige Option eingeräumt, den Vertrag zweimal **um jeweils 12 Monate zu verlängern**, die mit einer Frist von **6 Monaten** vor Ablauf der Vertragslaufzeit schriftlich auszuüben ist.

Die vereinbarten Zeiten sind verbindlich. Die Mitteilung eines verspäteten Leistungsbeginns befreit den Auftragnehmer nicht von einem eventuellen Schadenersatzanspruch wegen Verzug.

3.3 Kündigung aus wichtigem Grund

Das Recht der Vertragsparteien zur außerordentlichen und fristlosen Kündigung dieses Vertrages aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Die Kündigung muss in schriftlicher Form erfolgen. Sie wird mit dem Zugang bei der jeweilig anderen Partei wirksam. Im Falle der außerordentlichen Kündigung wird der Vertrag nicht rückabgewickelt und der Auftragnehmer behält den Anspruch auf Vergütung der bereits erbrachten Leistungen.

Wichtige Gründe sind insbesondere,

- a. wenn gegen die andere Vertragspartei auf ihren eigenen oder auf Antrag eines Gläubigers das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist;
- b. wenn die andere Vertragspartei erheblich gegen die Erfüllung einer ihrer wesentlichen Vertragspflichten verstoßen hat;
- c. wenn der Auftragnehmer schuldhaft gegen seine Verpflichtungen gem. § 128 Abs. 1 GWB bzw. die dort genannten Gesetze und Vorschriften verstößt.

3.4 Änderungen des Leistungsumfangs/Anpassung der Vergütung

Will der Auftraggeber, die in diesem Vertrag bzw. die im Angebot aufgeführten Leistungen des Auftragnehmers verändern oder Maßnahmen, die zum Wegfall dieser Leistungen führen, einleiten, werden der Auftraggeber und der Auftragnehmer, soweit vergaberechtlich zulässig, eine Anpassung der Leistungen sowie eine Anpassung der Vergütung auf der Grundlage der Urkalkulation nach den Grundsätzen des öffentlichen Preisrechts einvernehmlich festlegen.

Führen die Änderungen zu einer Ergänzung der im Angebot aufgeführten Leistungen, wird der Auftraggeber, soweit vergaberechtlich zulässig, den Auftragnehmer anweisen, ihm innerhalb einer angemessenen Frist ein Angebot zur Anpassung der Vergütung ggf. inklusive einer Preisbildungsübersicht in prüffähiger Form vorzulegen. Die Anpassung der Vergütung erfolgt nach den Grundsätzen des öffentlichen Preisrechts. Der Auftraggeber ist berechtigt, Vergleichsangebote einzuholen.

Einigen sich die Vertragsparteien auf eine Anpassung der Vergütung, so beauftragt der Auftraggeber den Auftragnehmer mit der Durchführung der geänderten oder neuen Leistungen.

Einigen sich die Vertragsparteien innerhalb von sechs Wochen nach Vorlage des Angebotes nicht auf eine Veränderung der Vergütung, so hat der Auftraggeber das Recht, die Durchführung der geänderten oder neuen Leistungen im Rahmen der vergaberechtlich zulässigen Grenze festzulegen, soweit die Durchführung der geänderten oder neuen Leistungen dem Auftragnehmer nicht unzumutbar ist. Der Auftraggeber hat in diesem Fall eine vorläufige Vergütung auf der Basis des vom Auftragnehmer vorgelegten Preises zu zahlen, die nach Abs. 2 angepasst wird.

Kann die Vergütung für geänderte oder neue Leistungen nach Abs. 1 nicht einvernehmlich vereinbart werden, so unterwerfen sich beide Parteien dem Schiedsspruch eines unabhängigen Gutachters. Die Vertragsparteien benennen jeweils einen Vertreter, die gemeinsam den unabhängigen Gutachter bestimmen. Können sich diese innerhalb einer Frist von sechs Wochen nach ihrer Benennung nicht auf einen Gutachter einigen, so wird dieser auf Antrag einer Partei vom Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Leipzig bestimmt. Die Kosten für die Benennung des Gutachters sowie für die Erstellung des Gutachtens tragen die Parteien je zur Hälfte. Die zwischenzeitlich vom Auftraggeber gezahlte vorläufige Vergütung nach Abs. 1 letzter Satz ist auf die vom Gutachter nach den Grundsätzen des öffentlichen Preisrechts ermittelte Vergütung anzurechnen. Zuviel gezahlte Vergütung ist dem Auftraggeber vom Auftragnehmer zu erstatten.

Maßnahmen des Auftraggebers, die keine Änderung dieses Vertrages (einschließlich des Angebots) erforderlich machen, jedoch die Ausführung der Leistungen durch den Auftragnehmer und dessen innere Organisation betreffen, berechtigen nicht zur Anpassung der Vergütung. Der Auftraggeber verpflichtet sich, etwaigen Anpassungsbedarf i. S. v. Satz 1 seitens des Auftragnehmers bei seinen Maßnahmen zu berücksichtigen und, soweit erforderlich, angemessene Übergangsfristen vorzusehen. Bei der Vorbereitung von solchen Maßnahmen wird der Auftragnehmer den Auftraggeber mit seinem Fachwissen und durch Vorschläge unterstützen. Der Auftraggeber verpflichtet sich, entsprechende Maßnahmen rechtzeitig dem Auftragnehmer anzukündigen und mit diesem abzustimmen.

3.5 Leistungsstörungen / Vertragsstrafe

Erfüllt der Auftragnehmer selbstverschuldet seine Verpflichtungen aus diesem Vertrag

- nicht,
- nicht rechtzeitig,
- nicht vollständig,

so kann der Auftraggeber unbeschadet seiner übrigen gesetzlichen Ansprüche dem Auftragnehmer einmalig schriftlich eine angemessene Frist zur Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen setzen. Kommt der Auftragnehmer seinen Pflichten innerhalb dieser Frist nicht nach, so ist der Auftraggeber berechtigt, die Leistungen auf Kosten des Auftragnehmers selbst durchzuführen oder durch einen Dritten ausführen zu lassen.

Des Weiteren wird auf Punkt 3.2 der Leistungsbeschreibung verwiesen, insbesondere auf den Hinweis, dass bei unzureichender Dokumentation, fehlender Nachvollziehbarkeit der Prüfergebnisse oder methodischen Mängeln eine gerichtliche oder außergerichtliche Durchsetzung der aus der Kodierrevision resultierenden Ansprüche nicht möglich oder wesentlich erschwert ist. In diesem Fall entfällt der erfolgsabhängige Vergütungsanspruch des Auftragnehmers.

4 Personal

Der Auftragnehmer darf im Grundsatz ausschließlich sozialversicherungspflichtiges Personal für die Leistungserbringung einsetzen, soweit nicht anders vereinbart. Ausländische Arbeitskräfte dürfen nur beschäftigt werden, wenn gültige Arbeits- und Aufenthaltspapiere vorliegen.

Für die Leistungserbringung dürfen keine Freelancer eingesetzt werden.

5 Vergütung, Zahlungsbedingungen und Rechnungslegung

5.1 Vergütung

Der Auftraggeber ist verpflichtet, die Vergütung nach erbrachter Leistung und nach erfolgter Rechnungslegung zu den vereinbarten Konditionen zahlen. Die vereinbarte Währung ist Euro.

Abrechnungsgrundlage ist das Angebotsblankett des Auftragnehmers **Anlagen A.15**. Die vereinbarten Preise sind Festpreise und für die Vertragsdauer verbindlich.

5.2 Zahlungsbedingungen, Rechnungslegung

Die Vergütung für die externe Kodierrevision erfolgt ausschließlich erfolgsbasiert als zu definierender Anteil des gesicherten Mehrerlöses. Dabei erfolgt die Rechnungslegung zu Beginn eines Monats für den Vormonat. Das UKL behält sich eine 4-monatige Zahlungsfrist vor. Kommt es zu Rechnungskürzungen, die auf eine fehlerhafte Kodierung zurückzuführen sind, erfolgt die Gutschrift des Anteils des Auftragnehmers unverzüglich mit der nächsten Rechnung.

Die Rechnungen für das Universitätsklinikum Leipzig sind wie folgt zu adressieren:

Universitätsklinikum Leipzig AöR
 Zentraler Rechnungseingang
 Postfach 10 06 40
 04006 Leipzig

Die Rechnungslegung erfolgt **ausschließlich auf elektronischem Weg**. Eine genauere Detailabstimmung findet zum gegebenen Zeitpunkt zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber statt.

6 Haftung und Versicherungspflichten

6.1 Haftung

Die Haftung des Auftragnehmers richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

Der Auftragnehmer übernimmt die Haftung gegenüber dem Auftraggeber für sämtliche Schäden, die im Zusammenhang mit der Erbringung der ihm gemäß Vertrag obliegenden Leistung-

gen entstehen. Diese Haftung erstreckt sich sowohl auf eigenes Verschulden des Auftragnehmers als auch auf das Verschulden seiner gesetzlichen Vertreter und der von ihm zur Erfüllung seiner Verpflichtungen eingesetzten Personen.

Der Auftragnehmer haftet für die Einhaltung der behördlichen Vorschriften - auch für den Umweltschutz. Er hat für alle gegen ihn und seine Mitarbeiter verhängten Bußgelder, Strafen und Auflagen selbst einzustehen. Der Auftraggeber wird dafür nicht einstehen. Sofern dem Auftraggeber Bußgelder/Strafen auferlegt werden, kommt der Auftragnehmer hierfür auf.

Der Auftragnehmer hat alle zur Sicherung seiner Leistungen erforderlichen Maßnahmen unter voller eigener Verantwortung zu ergreifen. Er haftet für sämtliche aus der Unterlassung solcher Maßnahmen entstehenden unmittelbaren oder mittelbaren Schäden. Den Auftraggeber trifft im Verhältnis zum Auftragnehmer keine eigene Sicherungspflicht.

Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber hiermit von allen durch Dritte gegen den Auftraggeber erhobenen Ansprüchen – gleich aus welchem Rechtsgrund – frei, wenn und soweit diese Ansprüche auf der Nicht- oder Schlechterfüllung der Verpflichtungen aus diesem Vertrag gründen. Dies gilt nicht, wenn und soweit der Auftragnehmer die Nicht- und Schlechterfüllung der Vertragspflichten nicht zu vertreten hat. Ansprüche des Auftragnehmers gegenüber Dritten bleiben hiervon unberührt.

7 Kooperation

Auftraggeber und Auftragnehmer verpflichten sich, zur Gewährleistung einer wirtschaftlichen und ordnungsgemäßen Leistungsdurchführung jederzeit vertrauensvoll zusammenzuarbeiten, sich in diesem Sinne gegenseitig und rechtzeitig zu informieren und sich über Maßnahmen abzustimmen, die den Regelungsbereich dieses Vertrages berühren.

7.1 Datenschutz

Auftraggeber und Auftragnehmer unterliegen den einschlägigen Bestimmungen zum Datenschutz (u. a. Sächsisches Krankenhausgesetz, § 33 und § 34; Strafgesetzbuch, § 203, sowie die § 202, 204, 263, 268, 269, 270 und 303; Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb UWG, § 17; Urheberrechtsgesetz UrhG, § 106).

Subsidiär unterliegt der Auftraggeber dem SächsDSG vom 10.7.2003; der Auftragnehmer unterliegt entsprechend seinem Sitz und seiner Rechtsstellung subsidiär dem Bundes- oder entsprechenden Landesdatenschutzgesetz.

Der Auftragnehmer ist zur Einhaltung der einschlägigen Datenschutzbestimmungen verpflichtet, auch über das Ende des Vertragsverhältnisses hinaus. Seine Mitarbeiter sind entsprechend nachweislich bzw. schriftlich zu unterweisen. Unterauftragnehmer sind ebenfalls zur Einhaltung des Datenschutzes schriftlich zu belehren. Entsprechende Nachweise sind zur Einsicht durch den Arbeitgeber bereitzuhalten.

Der Auftragnehmer ergreift alle erforderlichen Maßnahmen zur Gewährleistung des Datenschutzes und der Datensicherheit - auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses. Der Auftragnehmer garantiert, dass mit dem Angebot die Betroffenenrechte nach Art. 15 - 21 DSGVO gewährleistet werden können.

Für den Fall der Unterstützung des Auftraggebers durch den Auftragnehmer in Katastropheneinsatzfällen gelten die gesetzlichen Datenschutzvorschriften nach jeweiliger Sachlage.

Bei Verstoß gegen die datenschutzrechtlichen Bestimmungen kann der Vertrag mit sofortiger Wirkung gekündigt werden.

Die **Anlage A.14** ist mittels Unterschrift seitens des Auftragnehmers zu bestätigen. Der Datenschutzbeauftragte ist in dieser Anlage zu benennen.

7.2 Compliance-Grundsätze des Universitätsklinikums Leipzig

Als Anlage Z.2 werden die Compliance-Grundsätze des Auftraggebers beigelegt, insbesondere wird auf den Punkt 5. „Umgang mit Patienten, Kunden und Geschäftspartnern“ verwiesen. Die Anerkennung der Compliance-Grundsätze ist in der Anlage A.12 zu bestätigen.

Unterauftragnehmer sind ebenfalls auf die Anerkennung der Verhaltensgrundsätze zu verpflichten und entsprechend zu belehren.

8 Schlussbestimmung

8.1 Schriftform

Außer diesem Vertrag wurden keine Nebenabreden getroffen. Sämtliche Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform, einschließlich dieser Klausel.

8.2 Erfüllungsort, Gerichtsstand

Erfüllungsort und Gerichtsstand ist die Stadt Leipzig. Die Parteien vereinbaren, dass für den vorliegenden Vertrag ausschließlich der Sitz des Auftraggebers Gerichtsstand sein soll.

8.3 Salvatorische Klausel

Sollten Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise nicht rechtswirksam oder nicht durchführbar sein oder ihre Rechtswirksamkeit oder Durchführbarkeit später verlieren, so wird hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen des Vertrags nicht berührt. Das Gleiche gilt, soweit sich herausstellen sollte, dass dieser Vertrag eine Lücke enthält. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen oder zur Ausfüllung der Lücke soll eine angemessene Regelung gelten, die, soweit rechtlich möglich, dem am nächsten kommt, was die Vertragsschließenden gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck des Vertrags gewollt hätten, sofern sie bei Abschluss dieses Vertrages den Punkt bedacht hätten.

9 Anlagenverzeichnis

A-Anlagen = auszufüllende Anlagen; Z-Anlagen = zur Kenntnis und Beachtung

Nummer	Bezeichnung
A.1	Angebotsschreiben
A.2	Eigenerklärung des Bieters zur Eignung
A.3	Eigenerklärung des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen
A.4	Eigenerklärung zur Bietergemeinschaften
A.5	Unterauftragnehmerverzeichnis
A.6	Eigenerklärung Unterauftragnehmer
A.7	Eigenerklärung zur Erfüllung der Referenzanforderungen
A.8	Eigenerklärung zur Eignungsleihe
A.9	Verpflichtungserklärung zur Eignungsleihe
A.10	Nichtvorliegen Ausschlussgründe bei Eignungsleihe
A.11	Eigenerklärung zum BMWK-Rundschreiben
A.12	Anerkennung Compliance Dienstleister
A.13	Verhaltenskodex für Lieferanten des Universitätsklinikums Leipzig AöR
A.14	Vertrag zur Auftragsverarbeitung
A.15	Angebotsblankett
Z.1	<i>Nicht belegt</i>
Z.2	Compliance-Grundsätze UKL
Z.3	Informationssicherheits- und Datenschutz-Grundsätze